

Redaktion und Verlag:
Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: 217 Amt Dönhof 292 bis 297
Telegrammbezeichnung: Sozialdemokrat Berlin

BERLINER VOLKSBLATT



In Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts..... 10 Pf.
Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
siehe am Schluß des redaktionellen Teils

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Papen wankt

Auf dem Weg zur Regierungskrise

Die Bombe des Reichsbankbriefs hat eingeschlagen. Die „Deutsche Zeitung“ heult nach Luthers Kopf. Es ist klar, es gibt nur ein Entweder-Oder: entweder Luther oder die Kontingentierung.

Die Agrarier rufen: „Her mit der Kontingentierung, fort mit Luther.“ Die Industriellen protestieren: „Die Kontingente müssen verschwinden. Luther muß bleiben.“

Die Regierung der Konzentration droht an diesem Gegensatz der Interessentenhäufen auseinanderzubrechen. In dem Wunsche, die Sozialdemokratie niederzuhalten, die Gewerkschaften zu entrechten, die politischen und sozialen Rechte des Volkes zu



Herriot und Macdonald

schmälern, darin sind die beiden großen Gruppen der Herrschaft, die Kraut- und die Schlotbarone, einig. In der Frage der Wirtschaftspolitik bestehen scharfe Gegensätze. Da steht Kraut wider Schlot!

Die sogenannte „Tomatenkommission“, die beauftragt ist, mit den fremden Regierungen über die Kontingentierung der deutschen Einfuhr zu verhandeln, fährt in der West herum und sammelt Körbe. Inzwischen wird durch die Entwicklung in Deutschland selbst ihr Auftrag gegenstandslos!

Es scheint somit, als ob der Machtkampf, der innerhalb der regierenden Kreise tobt, zunächst im Sinne der Industrie entschieden werden sollte. Man wird ja, drei Wochen vor den Wahlen, nicht öffentlich zugeben, daß die Kontingentierungspolitik ein totgeborenes Kind war, später kann mitgeteilt werden, daß die Vererdigung schon längst in aller Stille stattgefunden hat.

Die Regierung Papen ist in einer kritischen Situation. Nicht nur wegen der Handelspolitik. Sie hat sich mit ihrer Methode des unbefümmerten Drauflosregierens so ziemlich auf allen Gebieten festgefahren. Ihre Außenpolitik hat Deutschland noch vollständig isoliert, als es vor 1914 war. Ihre Innenpolitik kann nach der Auffassung der ihr nahestehenden Presse nur auf dem Wege des Staatsstreichs und des Bürgerkriegs zum Ziel gebracht werden! Ihre Sozialpolitik hat auf allen Gebieten der Sozialversicherung wie des Arbeitsrechts ein Durcheinander geschaffen, vor dem nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Unternehmer kopfschüttelnd stehen.

Das kann nicht lange dauern, und das kann nicht gut enden. Der November 1932 wird noch mehr politische Ereignisse zeitigen als die Reichstagswahlen. Bitter not tut eine starke Sozialdemokratie, um in kommenden Stürmen die Sache des arbeitenden Volkes vorwärtszubringen!

Der Kronprinz an Groener

Unverschämte Einmischungsversuche der Hohenzollern

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Köln, 15. Oktober.

Unter der Überschrift: „Wie lange noch, Herr Reichskanzler? — Wilhelm als „Reichsverweser“ — Ein hochpolitischer Brief des Protectors der Nationalsozialisten an den Reichswehrminister“ veröffentlicht die „Rheinische Zeitung“ in Köln heute folgenden Artikel:

„Die Reichsregierung dementiert eifrig, daß der Kronprinz Friedrich Wilhelm als „Reichsverweser“ in Aussicht genommen sei. Herr Friedrich Wilhelm, Prinz von Preußen, aber schweigt sich aus. Er weiß darum. Die Pläne, diesen Herrn als Reichsverweser einzusetzen, sind sehr weit gediehen. Wenn die Reichsregierung, was möglich ist, darüber weniger wissen sollte als wir, so dürfte sie wohl auffallend schlecht unterrichtet sein.“

Kronprinz Wilhelm selbst fühlt sich seit langem als eine Art „Reichsverweser“ und glaubt, sich als Oberkontrolleur der Reichsminister betätigen zu können. Der Beweis dafür liegt uns u. a. in einem Briefe vor, den Kronprinz Wilhelm am 14. April 1932 aus Götzenhof an den Reichswehrminister Groener geschrieben hat.

In diesem inhaltlich ungeheuerlichen Schriftstück nimmt sich der Kronprinz heraus, sich in das Verbot der SA und SS durch den Herrn Reichspräsidenten einzumischen. Der Brief charakterisiert den Verfasser als einen ganz gewissenlosen und verantwortungslosen Schwärmer, der ganz in der Art des Herrn Papa die schwersten außenpolitischen Gefahren für Deutschland heraufbeschwören kann, wenn ihm nicht schleunigst das Mundwerk gestopft wird. Aus nationalpolitischen Gründen lehnen wir ab, den Brief in vollem Wortlaut zu veröffentlichen.

Sowohl der Herr Reichskanzler wie der Herr Reichspräsident sollen aber von dem Herrn Friedrich Wilhelm, Prinz von Preußen, den Brief einfordern und den geistig taubsten Schreiber darauf aufmerksam machen, welche europäische Skandal entstehen kann, wenn er als Kronprinz einflußreicher Kreise Pläne niederschreibt und versendet, wie sie in dem erwähnten Brief enthalten sind.

Wie majestätisch und als künftiger „Reichs-

verweser“ sich der Kronprinz fühlt, geht schon aus dem Einleitungsatz des Schriftstücks hervor: „Es ist mir ein Bedürfnis, mit diesen Zeilen Ihnen meine ernste Sorge für die Zukunft unseres Vaterlandes auszusprechen...“

Er als Vater des Vaterlandes!

Die künftige Majestät beginnt dann Herrn Groener und Herrn Schleicher gleichermahen und offenbart sich klar als Protector der Hittlerischen „Arbeiterpartei“.

„Sie wissen, daß Sie seit dem November 1918 von den nationalen Kreisen häufig sehr scharf angegriffen worden sind, und daß ein großes Mißtrauen gegen Ihre Person gerade in diesen Kreisen bestanden hat. Ich persönlich habe, weil ich mich im Leben immer bestrebe, objektiv zu bleiben, in vielen Fällen für Sie gerade in diesen Kreisen eine Lanze gebrochen, ebenso wie für meinen Freund Schleicher. Gerade deswegen ist es mir besonders schmerz-

lich, daß Sie den Erlaß, der zur Auflösung der SA und SS geführt hat, mit Ihrem Namen gedeckt haben. Ich kann diesen Erlaß nur als einen schweren Fehler ansehen und für eine außerordentliche Gefahr für den inneren Frieden. Es ist mir auch unverständlich, wie gerade Sie als Reichswehrminister das wunderbare Menschenmaterial, das in der SA und SS vereinigt ist und dort eine wertvolle Erziehung genießt, zerschlagen helfen.“

Die entscheidenden Teile des Briefes entziehen sich der Veröffentlichung, zumal in der jetzigen schweren außenpolitischen Lage. Nur soviel sei gesagt, daß das Schreiben auch die unverschämtesten Verdächtigungen und Verleumdungen des Reichsbanners und der Sozialdemokratie enthält, die uns je zu Gesicht gekommen sind.

Der Brief ist ein Hohenzollerndokument ersten Ranges.

Vorwärts mit der Abrüstung!

Die Konferenz muß rasch arbeiten

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Paris, 15. Oktober.

Léon Blum schreibt im „Populaire“ zu dem Ergebnis der Londoner Besprechungen: „Die Lage ist jetzt klar. Die Reichsregierung weigert sich, an der vorbereitenden Viermächtekonferenz und der Abrüstungskonferenz teilzunehmen. Sie möge nach ihrem Belieben weiter schmelzen und scheitern. Die einzig passende Antwort ist der schnelle Zutritt der Abrüstungskonferenz. Aus den Arbeiten der Konferenz muß endlich ein Beschluß hervorgehen, der der Hoffnung der Welt entspricht, ein Beschluß, der die Zusicherung Deutschlands erzwingt oder der im Falle einer neuen Weigerung die öffentliche Meinung der Welt gegen die deutsche Regierung zusammenschließt. Das ist das wahre Problem. Man möchte glauben, daß die Unterredungen Herriots mit Macdonald seine Lösung oder auch nur seine Prüfung etwas vorwärts gebracht haben. Leider

scheint kein merklicher Fortschritt in dieser Richtung erzielt worden zu sein. Das ist der Grund für unsere Beunruhigung. Die hartnäckige Haltung der Barone zwingt die Konferenz, ohne sie zu einem Erfolg zu gelangen. Sie zwingt zu einem Erfolg, bevor die gegenwärtige Reichsregierung die Mächte vor eine vollendete Tatsache gestellt hat, und sie zwingt zu einem Erfolg unter derartigen Bedingungen, daß jeder Versuch der Wiederaufrüstung Deutschlands die einstimmige Verurteilung der Völker findet.“

Herriot ist am frühen Morgen wieder in Paris eingetroffen. Gegenüber Freunden, die ihn abholten, gab er seiner Befriedigung über das Ergebnis der Londoner Besprechungen Ausdruck. Er erkundigte sich bei den Ministern, ob die Weigerung Deutschlands, an der geplanten Konferenz teilzunehmen, endgültig sei. Es wurden ihm daraufhin Telegramme vorgelesen, aus denen hervorging, daß Deutschland für den Augenblick an seiner Weigerung festhalte. Nach dem „Matin“ haben diese Mitteilungen keinen großen Eindruck auf Herriot gemacht.

Die Sonnabendmorgenblätter sind weniger auf das Ergebnis der Konferenz selbst eingestellt, als auf die Weigerung Deutschlands, nach Genf zu gehen. Die Zeitungen betonen, daß eine Einigung zwischen England und Frankreich im Sinne der französischen Wünsche erfolgt ist und die Verantwortung für ein Scheitern der Konferenz Deutschland zufallen würde. England halte die deutsche Weigerung nicht für endgültig, sondern hoffe, Deutschland noch umstimmen zu können. In mehreren Zeitungen wird erklärt, daß Macdonald zu diesem Zweck vielleicht Papen und Neurath im Laufe der nächsten Woche nach London einladen werde.

Frankreichs Vorstoß gegen die Schupo

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Genf, 15. Oktober.

Das Spezialkomitee der Abrüstungskonferenz für die Berechnung der Heeresstärke hat am Freitagnachmittag unter dem Vorsitz von de Broedere-Belgien seine Aussprache fortgesetzt. Dabei kam es zu einem heftigen Angriff des französischen Delegierten Massigli auf Deutschland, der indessen von der großen Mehrheit des Komitees

Entlassungen statt Einstellungen!

Bei den Oderwerken in Stettin

Stettin, 15. Oktober.

Die Oder-Werke haben den größten Teil ihrer Stammbesetzung entlassen, weil der Auftrag auf die Verlängerung des Fahrgast-Motorschiffes „Hansestadt Danzig“ ausgeblieben ist. Die Schwierigkeit soll in der Art der Geldbeschaffung für diese Arbeit liegen. Es sei beabsichtigt gewesen, die Mittel über das Arbeitsbeschaffungsprogramm zur Verfügung zu stellen. Die hierfür ausgegebenen Richtlinien seien jedoch für die vorliegenden Aufgaben unanwendbar, da es sich um eine hochwertige Qualitätsarbeit handele und eine solche Arbeit nur mit erfahrenen Facharbeitern ausgeführt werden könnte.

Soll das Arbeitsbeschaffungsprogramm in der bestehenden Form Anwendung finden, so müßten tüchtige Qualitätsarbeiter entlassen und Hilfskräfte hinzugezogen werden, mit denen eine Garantie für die Sorgfalt und Zuverlässigkeit der Arbeiten nicht übernommen werden könnte. Diese Meldung läßt den Verdacht aufkommen,

als ob auf dem Rücken der Arbeiter Geschäftsinteressen ausgefodert werden sollen.

Notverordnungsstreik

In der Steingutfabrik Sörnewitz A.-G. in Sörnewitz bei Weißen sind am Freitagfrüh 460 Arbeiter und Arbeiterinnen in den Streik getreten, weil die Firma die Notverordnung auf ihre Weise angewandt hat. Die Firma hat schon eine 11prozentige Lohnföhrung dadurch erreicht, daß sie von einer höheren tariflichen Ortsklasse, die sie etwa 10 Jahre lang freiwillig bezahlt hat, auf die niedrigere Ortsklasse zurückgegangen ist.

Die Betriebsleitung dieser Firma war es, die zu allererst den Plan faßte, ein paar Dugend junge Mädchen einzustellen und diesen 11 bis 15% Pf. Stundenlohn zu zahlen und dafür die Steuergutscheine, die mehr als der Lohn für diese Mädchen betragen hätte, in Empfang zu nehmen und abendrein noch den allgemeinen Lohnabzug vorzunehmen.

